Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

Rr. 6 Ausgegeben Danzig, den 2. Februar 1939

Tag Inhalt Seite
1. 2. 1939 Berordnung über das Ausscheiben der Juden aus der Rechtsanwaltschaft und dem Notariat 17

16

Berordnung

über bas Ausscheiben ber Juben aus ber Rechtsanwaltschaft und bem Notariat. Bom 1. Februar 1939.

Auf Grund des § 1 3iff. 22 und 24 und des § 2 des Gesethes zur Behebung der Not von Bolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) und des Gesethes zur Berlängerung dieses Gesethes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetheskraft verordnet:

Artifel I

Musicheiben ber Juben aus ber Rechtsanwaltichaft und bem Rotariat

\$ 1

(1) Juden ist der Beruf des Rechtsanwalts und das Amt eines Notars verschlossen.

(2) Juden, die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Berordnung Rechtsanwälte sind oder das Amt eines Notars ausüben, scheiden mit dem 28. Februar 1939 aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte eines Notars aus; einer Mitwirkung des Richterwahlausschusses hinsichtlich der Notare bedarf es nicht.

(3) Wer Jude ist, bestimmt sich nach der Verordnung zum Schutze des deutschen Blutes und der

deutschen Ehre vom 21. November 1938 (G. Bl. S. 616).

§ 2

- (1) Dienstverträge, die ein nach dieser Berordnung aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte als Notar ausscheidender Iude als Dienstberechtigter geschlossen hatte, können von beiden Teilen unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen zum 31. März 1939 auch dann gekündigt werden, wenn gesehlich oder vertraglich eine längere Frist bestimmt oder das Dienstverhältnis für bestimmte Zeit eingegangen
- (2) Gesetliche oder vertragliche Bestimmungen über eine kürzere als die im Abs. 1 vorgesehene Kündigungsfrist bleiben unberührt.

§ 3

(1) Wer auf Grund dieser Berordnung aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte eines Notars ausscheidet, kann ein Mietverhältnis über Räume, die er für sich oder seine Familie oder für seine Besufsausübung gemietet hat, trot entgegenstehender Bereinbarungen über die Dauer des Mietvertrages oder die Kündigungsfrist mit Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist kündigen. Das gleiche gilt für Angestellte (Dienstnehmer) eines Rechtsanwalts oder Notars, die dadurch stellungslos werden, daß der Rechtsanwalt oder der Notar auf Grund dieser Berordnung aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte eines Notars ausscheidet.

(2) Eine Kündigung nach Abs. 1 kann durch den Rechtsanwalt oder Notar nur zu dem ersten Termin erfolgen, zu dem sie nach dem 28. Februar 1939 zulässig ist.

(3) Der Angestellte (Dienstnehmer) kann eine Kündigung nach Abs. 1 nur zu dem ersten Tersmin aussprechen, für den die Kündigung nach Beendigung des Dienstverhältnisses zulässig ist.

8 4

Die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten ist dem auf Grund dieser Berordnung aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte als Notar ausgeschiedenen Iuden nach Maßgabe des § 35 b der Gewerbeordnung (Berordnung vom 21. September 1935 — G.BI. S. 999 — in der Fassung der Berordnung vom 10. März 1937 — G.BI. S. 195 —) untersagt.

8 5

Den auf Grund dieser Berordnung aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte eines Rotars ausgeschiedenen Juden können, soweit sie Frontkämpfer sind, aus den Einnahmen der jüdischen Ronstulenten (§ 13) bei Bedürftigkeit und Würdigkeit jederzeit widerrussliche Unterhaltszuschüsse gewährt werden. Nach Maßgabe der eingehenden Beträge können unter den gleichen Boraussehungen auch anderen auf Grund dieser Berordnung aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte eines Rotars aussgeschiedenen Juden, soweit sie seit dem 1. August 1914 in der Rechtsanwaltsliste eingetragen waren, Unterhaltszuschüsse dieser Art gewährt werden.

§ 6

- (1) Frontkämpfer im Sinne dieser Verordnung ist, wer im Weltkrieg (in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918) auf seiten des Deutschen Reichs oder seiner Verbündeten bei der fechtens den Truppe an einer Schlacht, einem Gesecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilsgenommen hat. Es genügt nicht, wenn sich jemand, ohne vor den Feind gekommen zu sein, während des Krieges aus dienstlichem Anlaß im Kriegsgebiet aufgehalten hat.
- (2) Der Teilnahme an den Kämpfen des Weltkriegs steht die Teilnahme an den Kämpfen gleich, die nach ihm im Baltikum, ferner gegen die Feinde der nationalen Erhebung und zur Erhaltung deutsschen Bodens geführt worden sind.

Artitel II

Rechtliche Beratung und Bertretung von Juben

Ansichen ber Juden aus ber Rechtzemalifchaft und bem Rofariat

Zur rechtlichen Beratung und Bertretung von Iuden läßt die Iustizverwaltung jüdische Konsulenten zu.

(2) Juben, die zur Zeit des Infraftiretens dis & Verordnung Rechtsomwälte find oder das

- (1) Jüdische Konsulenten werden nur zugelassen, soweit ein Bedürfnis besteht.
- (2) Die Zulassung erfolgt auf Widerruf. Zum Zwede der Stellvertretung eines zugelassenen jüdischen Konsulenten kann die Zulassung auch auf Zeit erfolgen.
- (3) Die jüdischen Konsulenten und ihre Stellvertreter sollen soweit angängig, aus der Zahl der nach § 1 dieser Berordnung aus der Rechtsanwaltschaft oder dem Amte als Notar ausscheidenden Iuden entnommen werden; Frontkämpfer sind nach Möglichkeit bevorzugt zu berücksichtigen.

\$ 9

Jüdische Konsulenten dürfen nur Rechtsangelegenheiten von Juden sowie von jüdischen Gewerbebetrieben, jüdischen Vereinen, Stiftungen, Anstalten und somtigen jüdischen Unternehmen geschäftsmäßig besorgen; insbesondere dürfen sie nur für diese die rechtliche Beratung, die gerichtliche oder außergerichtliche Vertretung sowie die Einziehung von Forderungen übernehmen.

§ 10

- (1) Den jüdischen Konsulenten wird ein bestimmter Ort für ihre berufliche Niederlassung zugewiesen. Die Unterhaltung von Zweigniederlassungen, auswärtigen Sprechtagen oder ähnlichen ständigen Einrichtungen an einem anderen Ort erfolgt nach näherer Bestimmung der Iustizverwaltung.
- (2) Soweit die jüdischen Konsulenten Rechtsangelegenheiten besorgen dürfen, können sie vor allen Gerichten und Berwaltungsbehörden sowie vor allen diesen übergeordneten Gerichten und Beshörden auftreten und als Bevollmächtigte auch gegenüber den Gegnern ihrer Auftraggeber tätig werden. Dies gilt auch insoweit, als Rechtsanwälte in einem Bersahren nur tätig werden dürfen, wenn sie bei dem Gericht, vor dem das Bersahren schwebt, zugelassen sind; soweit sonstige einschränkende Vorschriften bestehen, gelten diese sinngemäß.

mint aussarechen, für ben bie Kündigung nach Beetlistag des Dienstoerhältnilles gulaffig ift

Jüdische Konsulenten können im Armenrecht, als Notvertreter (entsprechend § 38 der Rechtsan-waltsordnung) oder als Pflichtverteidiger beigeordnet werden. Soweit versahrensrechtliche Vorschriften, insbesondere § 91 Abs. 2, § 104 Abs. 2, §§ 135, 198, 212a der Zivilprozehordnung für Rechtszanwälte Vereinsachungen und sonstige Besonderheiten vorsehen, gelten sie für jüdische Konsulenten sinngemäß.

§ 12

Die judischen Konsulenten unterstehen der Aufsicht der Justizverwaltung.

§ 13

- (1) Von ihren Auftraggebern erheben die jüdischen Konsulenten im eigenen Namen, jedoch für Rechnung einer von dem Senat zu bestimmenden Ausgleichsstelle Gebühren und Auslagen nach Maßgabe der für Rechtsanwälte geltenden Vorschriften. Von dem kostenpflichtigen Gegner des jüdischen Aufstraggebers sind diese Beträge in gleicher Weise wie die Kosten eines Rechtsanwalts zu erstatten.
- (2) Den jüdischen Konsulenten verbleibt als Vergütung für ihre Berufstätigkeit und als Entschädigung für Kanzleiunkosten neben der Erstattung der notwendigen baren Auswendungen für Reisen u. dgl. ein Anteil an den aus ihrer Berufstätigkeit ansallenden Gebühren.
- (3) Aus den der Ausgleichsstelle zufließenden Beträgen werden die nach § 5 dieser Verordnung zu leistenden Unterhaltszuschüsse gezahlt.
 - (4) Nähere Bestimmungen können durch allgemeine Verwaltungsanordnungen getroffen werden.

Artifel III

Soluß= und Ubergangsvoridriften

\$ 14

- (1) Wird in einer bürgerlichen Rechtssache der Rechtsanwalt einer Partei durch eine auf Grund dieser Verordnung getroffene Mahnahme unfähig, die Vertretung der Partei fortzuführen, so werden auch Versahren, in denen eine Vertretung durch Rechtsanwälte nicht geboten ist, unterbrochen.
- (2) Eine Unterbrechung des Berfahrens tritt jedoch nicht ein, wenn der Rechtsanwalt gleichzeitig mit seinem Ausscheiden aus der Rechtsanwaltschaft als jüdischer Konsulent zugelassen wird und als solcher seinen Auftraggeber weiterhin vertreten darf.

§ 15

Einer Partei, die in einer bürgerlichen Rechtssache oder in einer Strafsache einen Termin oder eine befristete Prozekhandlung versäumt, ist auf Antrag die Wiedereinsehung in den vorigen Stand zu bewilligen, wenn sie durch die auf Grund dieser Verordnung getroffene Maknahme am rechtzeitigen Erscheinen zu dem Termin oder an der rechtzeitigen Vornahme der Prozekhandlung verhindert worden ist.

§ 16

- (1) Tritt in der Besorgung einer Rechtsangelegenheit wegen des Ausscheidens eines Juden aus der Rechtsanwaltschaft auf Grund dieser Berordnung ein Wechsel des Bertreters ein, so ist der kostenspflichtige Gegner des Auftraggebers des bisherigen jüdischen Rechtsanwalts zur Erstattung der durch den Vertreterwechsel entstehenden Mehrkosten nicht verpflichtet.
- (2) Übernimmt ein jüdischer Konsulent eine bisher von einem jüdischen Rechtsanwalt besorgte Rechtsangelegenheit, so hat er seinem Auftraggeben die dem jüdischen Rechtsanwalt geschuldeten Gesbühren gutzubringen. Der jüdische Konsulent und der frühere Rechtsanwalt haben im Wege gütlicher Bereinbarung einen Ausgleich über die dem früheren Rechtsanwalt angefallenen Gebühren herbeizussühren, wenn dies nach dem Umfang der von beiden in der Rechtssache geleisteten Arbeit der Billigsteit entspricht. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann auf Antrag eines Beteiligten über den Ausgleich im Berwaltungswege entschieden werden.

\$ 17

- (1) Die Verordnung tritt mit der Verfündung in Rraft.
- (2) Der Senat wird ermächtigt, die zur Durchführung und Ergänzung dieser Berordnung ersforderlichen Rechts= und Berwaltungsvorschriften zu erlassen.

Danzig, den 1. Februar 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Dr. Wiers-Reiser

J. 30 12

under Routellenten unterflehen ver Studien ber Relitionermaltene unterflehen

5 01

(Decklon ihren Maktraggebern erheben die stolschen Konfalenten im eigenen Namen, jedoch für Richmung einer dan verneben der Musikanischen Ausgleichschen Gebuhren und Anslagen nach Weigensche der für Rechtenwahrte geltenden Abricklichen Den Tenenpflichtigen Gemer des stolscher Abricklichen Gemer des stolscher Abricklichen Den eines Neutschaften Gemer des kindigten Abricklichen Den eines Neutschaften der Kanten

ter ser parionisten sonthienten verdierten als Berentung für fore Bereifstigkeit und als Enifolder owig für Karckiunisten — neden der Efhartung der norwendigen baren Aufwendungen für Reifen u. dat. — ein Anteil an den aus ihrer Berufstätigleit ansallenden Gebürgen.

(3) Aus den der Ausgleichestelle gufließenden Beträgen werden bie nach S 5 dieser Berordnung leisenden Unterhaltszuschafte gegabit.

(4) Navere Bestimmangen tonnen burch allgemeine Retroaltungsampfraungen gefroffen werben

III lelitrip

Colnfe, und Abergangevoridriften

Man Long Shings 136 17 day Shings

(1) Wird in einer blürgerüchen Rechtslache der Rächtsauwalt einer Partei durch eine auf Grund dieler Vergednung getroffene Mahnahme unfähig, die Verireiung der Partei sortzuführen, so werden sauch Verschen, in denen eine Vertretung durch Rechtsauwälle nicht geboten ist, unterbrochen.

(2) Eine Unterbrochung des Persahrens tritt jedach nicht ein, wenn der Rechtsanwalt gleichzeitig mit seinem Ausscheiden aus der Rochtsanwaltschaft als südischer Ronfulent zugelassen wird und als solcher seinen Austraggeber welterhin vertreten darf.

\$ 15

Einer Partei, die in einer bürgerlichen Rechtslache ober in einer Strafsache einen Termin oder eine befrische Proseshandlung verschifft, ist auf Antrag die Wiedeneinsehung in den verigen Stand zu bewilltoen, wenn sie durch die auf Grund dieser Nerordnung getroffene Mahnedme am rechtzeiligen Erd schwen zu dem Termin oder an der rechtzeltigen Varnahnur der Prozeshängelung verhindert worden sie

31 3

(I) Tritt in der Beforgulig einer Nechtsangelegenheit wegen des Ausfcheidens eines Suden aus der Rechtsanwaltschaft auf Grindd dieser Berordmung ein Wechsel des Vertreiers ein, ja ist der koltenpflichtige Gegner des Auftraggebers des bisherigen jüdischen Rechtsonwalts zur Erstaltung der dirch den Bertreierwechsel antliebenden Wehrlollen nicht verpflichtet.

(2) Aberninunt ein jävlider Kanjalent eine bieber von einem jädijden Rechtsanmait besereit Rechtsangelegendell, so hat er seinem Auftraggeben die dem Jiddiden Archtsanvall geschwideten Geschwieren guturen guturen geschwideren Geschwinzer von der geschwinderen Geschwinzer Begreich und der der Auftrag einen Ausgleich über die dem früheren Rechtsanwalt angefallenen Gesühren herdisten Proditieren, wenn dies nach dem Uppfang der von beiden in der Rechtssache geseisteten Arbeit der Pilliaktiventungen eine Einfande, so kannak eine Einfahren nicht auftande, so kannak eine Bereich im Kerwaitungswege entschen werden.

TI 3

(1) Die Berardnung tritt mit der Berfündung in Kroft.

(2) Der Senat wird ermächtigt, die zur Durchführung and Ergänzung dieser Berördnung er forderlichen Rochts und Leiwaltungsvorschriften zu exlassen.

Dangig, den 1. Februar 1939

Der Genat ber Freien Stabt Dangia

L 30 Manthest rate 85 & decident eritary Die Wierskinger